

Öffentliche Dienste weiter denken

Internationale Erfahrungen für Wien

Leonhard Plank

Vom gallischen Dorf zum internationalen Referenzmodell?

„It is also astounding to see a professional economist assert today that we cannot definitively conclude that private ownership is superior to public ownership in almost all circumstances“ (Megginson 2006: 173).

Insbesondere seit den 1990er Jahren wurde der öffentliche Sektor nach dem abstrakten Markt-Ideal umgebaut (Pollitt/Bouckaert 2011; Florio 2013a; Clifton/Diaz-Fuentes 2018). Das einleitende Zitat steht stellvertretend für den „group-think“ in der volkswirtschaftlichen Debatte, der die politische Praxis unterschiedlicher Privatisierungsformen – von Auslagerungen über PPPs bis zum vollständigen Verkauf gesellschaftlich produzierten Vermögens – begleitete und legitimierte. Auf der Makro-Ebene zeigt sich dieser Umbau unter anderem im Rückgang öffentlichen Vermögens und in der Zunahme privaten Reichtums (Alvaredo et al. 2017).

Im Vereinigten Königreich – einem Hauptexerzierfeld neoliberaler Reformen – hatte Margaret Thatcher ihre politische Projekt der Privatisierung öffentlicher Dienste zentral mit dem Versprechen erhöhter individueller Freiheit verknüpft.¹ Anders als versprochen wurde allerdings nichts aus der von ihr propagierten „Shareholder“-Gesellschaft. Im Gegenteil: Die Ökonomie des Vereinigten Königreichs ist heute vier Jahrzehnte nach Thatchers Antritt von einer kleinen, teilweise ausländischen Gruppe von VermögensbesitzerInnen kontrolliert. Gleichzeitig hat sich die Bedeutung von individueller inländischer Eigentümerschaft reduziert (Cumbers 2016). Die große Mehrheit der englischen Gesellschaft wünscht sich in zentralen Bereichen der Daseinsvorsorge die Rückkehr öffentlicher Unternehmen (We Own It 2019).

In Österreich beschränkten sich materielle (Teil-)Privatisierungen bis Ende der 1990er Jahre vor allem auf die verstaatlichten Industrieunternehmen sowie ausgewählte Infrastruktursektoren wie etwa den Energiebereich. Mit Schwarz-Blau I und II wurde ab 2000 versucht, öffentliches Eigentum zu verkaufen – von der Post über Telekom Austria bis zur BUWOG. Dies gelang nicht im beabsichtigten Ausmaß, führte aber zu erheblichen Kosten und einigen Kollateralschäden, die wie im Falle der BUWOG die Gerichte heute noch beschäftigen (Klenk 2019). Trotzdem konnte man in den 2000er Jahren den Eindruck haben, die Stadt Wien sei mit ihrem Beharren auf öffentlicher Eigentümerschaft – wie von der früheren Vize-Bürgermeisterin Renate Brauner formuliert – ein gallisches Dorf umzingelt von neoliberalen Zeitgeistern.

Dies änderte sich mit dem Ausbruch der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09. Seither werden Liberalisierungs- und Privatisierungspolitiken in kritischerem Lichte betrachtet. Dies betrifft sowohl den öffentlichen Diskurs als auch die akademische Debatte, in dem dissidente Stimmen (siehe etwa Bel et al 2010; Clifton et al. 2011; Mühlenkamp 2012, 2015; Florio 2013a, 2013b, 2014), die ein einseitiges Liberalisierungs-

und Privatisierungs-Paradigma kritisieren, nicht länger Randerscheinungen sind. In Österreich war ein Grund für das Stocken der Privatisierungsagenda der Widerstand der Wiener Stadtregierung. Die Wiener Sozialdemokratie, aber auch die rot-grüne Stadtregierung sehen sich Erben des Roten Wien, umfassender kommunaler Dienstleistungen und Infrastrukturen (vgl. Beitrag von Novy et al. in diesem Heft). Und jenseits der nationalen Arena hat die Stadt Wien transnationale Allianzen gegen die marktschaffende Liberalisierungs- und Privatisierungspolitik (Clifton 2014) der Europäischen Institutionen geschmiedet. Heute wird Wien mit seinen starken öffentlichen Diensten zunehmend als Referenzmodell gesehen. Dies geht über das Aushängeschild des sozialen Wohnbaus hinaus und umfasst insbesondere die zahlreichen technischen Infrastrukturen im Besitz der Stadt Wien, von den öffentlichen Verkehrsmitteln über die Wasserversorgung bis zur Abfallentsorgung.

Vor diesem Hintergrund verfolgt dieser kurze Beitrag zwei Ziele: Zum einen werden im folgenden Abschnitt die organisatorischen Veränderungen zentraler öffentlicher Dienste seit den 1990ern in Wien nachgezeichnet, um das Bild des „gallischen Dorfs“ zu qualifizieren. Zum anderen geht es darum, auf Basis internationaler Erfahrungen, Impulse für eine Weiterentwicklung öffentlicher Dienste im Sinne einer progressiven und emanzipatorischen Stadtpolitik zu skizzieren.

Transformation öffentlicher Dienste in Wien seit den 1990er Jahren

Der folgende Abschnitt gibt einen Überblick über Veränderungen bei den öffentlichen Diensten in Wien. Untersucht wird, inwiefern Liberalisierungs- und Privatisierungspolitiken auch in Wien ihren Niederschlag fanden, wobei das Augenmerk auf rechtlich-organisatorischen Veränderungen in zentralen Bereichen der öffentlichen Dienstleistungen seit Ende der 1990er Jahre liegt (Tabelle 1). Ausgespart bleiben Fragen über Motive bzw. Konsequenzen dieser Veränderungen (insb. für Beschäftigte und NutzerInnen).

	Magistratsabteilung	Regie-/Eigenbetrieb / Fonds	Eigengesellschaft
Trinkwasser	MA 31 (-)		
Abwasser		Wien Kanal (2009)	
Abfall	MA 48 (-)		
Energie			Wien Energie GmbH (1999) (Wr. Stadtwerke GmbH)
Öffentlicher Verkehr			Wiener Linien GmbH (1999) (Wr. Stadtwerke GmbH)
Wohnen		Wiener Wohnen (2000)	
Spitäler & Pflegeheime		Wiener Krankenanstaltenverbund (2002)	
Soziale Dienstleistungen		Fonds Soziales Wien (2000/2004)	

Tabelle 1: Öffentliche Dienste nach Rechtsform in Wien (Stand: 2019). Quelle: Unternehmensinformationen bzw. Gemeinderatsbeschlüssen

Im Bereich der Trinkwasserversorgung kam es zu keiner nennenswerten organisatorischen Neuausrichtung – hauptverantwortlich zeichnet nach wie vor die Magistratsabteilung MA 31 – Wiener Wasser. Gleiches gilt im Wesentlichen für die Abfallentsorgung, die von der Magistratsabteilung MA 48 durchgeführt wird. Etwas anders sieht die Situation im Bereich der Energieversorgung sowie des öffentlichen Verkehrs aus. Hier erfolgt im Jahr 1999 mit der Ausgliederung aus der Gemeindeverwaltung und der Neugründung eines 100%-Tochterunternehmens Wiener Stadtwerke eine zentrale Änderung, die auch im Kontext der europäischen Liberalisierungspolitiken zu sehen ist. Seither gab es weitere interne Restrukturierungen im Rahmen der Stadtwerke, insbesondere die Zusammenlegung der Netzbereiche im Jahr 2013 unter dem Dach der Wiener Netze GmbH. Während diese sogenannten starken Korporatisierungen² auch als formale Privatisierungen (nämlich der Rechtsform) gewertet werden, wurden die Bereiche Wohnen, Spitäler & Pflegeeinrichtungen und Abwasser nur geringfügig aus dem Magistrat herausgelöst. Mit Gemeinderatsbeschluss aus dem Jahr 1999 wurde Wiener Wohnen als Eigenbetrieb nach § 71 der Wiener Stadtverfassung gegründet. Das Vermögen von Wiener Wohnen wird seither zwar separat vom Vermögen der Stadt verwaltet, bleibt aber Teil des Wiener Budgets. Wiener Wohnen besitzt allerdings keine eigene Rechtspersönlichkeit. Der Wiener Krankenanstaltsverbund KAV ist seit 2002 analog zu Wiener Wohnen als Unternehmung gemäß § 71 Wiener Stadtverfassung organisiert und somit nicht mehr als Magistratsabteilung geführt. In den letzten Jahren gab es zunehmend Bestrebungen hin zu einer weiteren Ausgliederung, die aber vorerst nicht realisiert wurden. Weiters tritt 2020 eine Statutenänderung und eine Umbenennung in Wiener Gesundheitsverbund in Kraft. Auch im Bereich der Abwasserentsorgung wurde im Jahr 2009 die frühere MA 30 in eine Unternehmung nach § 71 überführt. Schließlich erfuhr der im Jahr 2000 gegründete Fonds Soziales Wien ab 2004 eine wesentliche Erweiterung seiner Aufgaben, in dem er wesentliche Aufgaben der MA 12 und MA 47 übertragen bekam.

Aus dieser kurzen Zusammenschau wird ersichtlich, dass die Stadt Wien in den letzten beiden Jahrzehnten entgegen dem internationalen Trend von materiellen Privatisierungen – also dem Verkauf öffentliches Vermögens – im Bereich der Daseinsvorsorge im Wesentlichen (siehe dazu Kadi in diesem Heft) abgesehen hat. Neben dem Festhalten an bestehenden magistratsinternen Organisationsverantwortungen etwa im Bereich Trinkwasser (MA 31) oder Abfallentsorgung (MA 48) wurde aber einzelne Einheiten unterschiedlich stark aus dem Magistrat herausgelöst: Dabei stehen weiche Korporatisierungen etwa in Form von Eigenbetrieben bei Wiener Wohnen, dem Wiener Krankenanstaltsverband bzw. Wien Kanal den starken Korporatisierungen im Bereich der Wiener Stadtwerke gegenüber. Insgesamt bleibt die Stadt Wien aber als AlleineigentümerIn im Kern verantwortlich.

Gleichzeitig ist die Darstellung nur ein Ausschnitt der öffentlichen Dienste der Stadt Wien. So fallen etwa zentrale Kultureinrichtungen (Vereinigte Bühnen, Wiener Stadthalle und zahlreiche Museen) sowie der Wiener Hafen in das Portfolio der ausgegliederten Wien Holding. Darüber hinaus ist die Stadt Wien noch an Unternehmen anderer Sektoren beteiligt. Laut aktuellem Beteiligungsbericht der Stadt Wien hält die Wien (Stand 31.12.2018) 236 Beteiligungen von der 1. bis zur 3. Ebenen, wobei 30 direkte Beteiligungen auf der obersten Ebene verortet sind (Stadt Wien 2019). Eine umfassende Darstellung wird für das Frühjahr 2020 erwartet, wenn die Stadt Wien im Rahmen der neuen Rechnungslegungsvorschriften ihr Vermögen darstellen wird.

Unberücksichtigt bleibt bei dieser kurzen Übersicht, inwiefern die Verwaltungen nach Prinzipien des New Public Management (NPM) neu organisiert wurden. Leixering et al. (2017) legen nahe, dass seit den späten 1990er Jahren eine graduelle Dezentralisierung und Fragmentierung der städtischen Verwaltung im Sinne des NPM-Paradigmas stattgefunden hat, worauf auch die oben geschilderten Ausgliederungen hindeuten. Keine Daten sind bekannt, inwiefern andere Beteiligungsformen des Privaten Sektors – etwa Outsourcing oder längerfristige PPPs – zur Anwendung kamen und kommen, die keinen unmittelbaren Einfluss auf die Eigentümerstruktur haben. Ein viel diskutiertes Beispiel sind hierbei die neuen Bildungs-Campuse, die als PPP durchgeführt werden, obwohl sie in klassischer öffentlicher Bereitstellung vermutlich effizienter ausgeführt werden könnten (Plank 2016). Ursache dafür sind fiskalische Vorgaben zu einer restriktiven Fiskalpolitik („Nulldefizit“) durch die Bundesregierung, bzw. europäische Vorgaben, die verhindern, die notwendigen öffentlichen Investitionen aus dem Budget zu finanzieren. Im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs hat die Liberalisierung dazu geführt, dass der Wettbewerb vor allem über die Lohnkosten ausgeführt wird (Hermann 2008). Dies dürfte auch ein Faktor hinter dem steigenden Anteil der von privaten Busunternehmen betriebenen Linien sein, die vor allem an der städtischen Peripherie im Auftrag der Wiener Linien tätig sind, und deren Beschäftigte unter schlechteren kollektivvertraglichen Bedingungen arbeiten müssen (Staudinger 2017).

Ein Trend, dem viele österreichische und deutsche Kommunen und Städte gefolgt sind, waren Cross-Border-Leasing-Verträge (Streck 2019). Wien hat sich diesem Trend nicht entzogen. Im Rahmen dieser vertraglichen Arrangements wurden langlebige Vermögensgegenstände wie Schienenfahrzeuge oder das Kanalnetz an US-amerikanische Trusts verleast und dann zurückgeleast. Dabei verblieb das zivilrechtliche und wirtschaftliche Eigentum bei der Stadt Wien (Kontrollamt der Stadt Wien 2009, 2013).

Insgesamt zeigt sich also, dass Wien entgegen dem internationalen Trend an öffentlichem Eigentum und öffentlichen Unternehmungen seit Ende der 1990er festgehalten hat. Gleichzeitig gab es eine stärkere Beteiligung des Privatsektors im Rahmen der Bereitstellung Öffentlicher Dienste bzw. eine Transformation des lokalen öffentlichen Sektors in Zuge von NPM Reformen.

Eine neue Generation öffentlicher Dienste

In internationalen Debatten wird Wien zunehmend als Referenzmodell gehandelt – dies hängt nicht zuletzt mit den starken öffentlichen Diensten und dem umfangreichen öffentlichen Vermögen zusammen, die mitverantwortlich sind, dass Wien in internationalen Rankings zu Lebensqualität immer wieder ganz vorne zu finden ist (siehe Himpele/Pohl in diesem Heft).

Gleichzeitig intensiviert sich die internationale Debatte zur Zukunft öffentlicher Dienste. Diese speist sich insbesondere aus den Liberalisierungs- und Privatisierungserfahrungen der letzten drei Jahrzehnte (siehe etwa Prausmüller/Wagner 2014; Wollmann et al. 2016; Kishimoto/Petitjean 2017). Die sichtbare Rückkehr der öffentlichen Hand findet dabei in unterschiedlichsten politischen und ideologischen Kontexten statt – von den wirtschaftsliberalen Vorreiterländern (USA, dem Vereinigtes Königreich, Neuseeland oder Australien) bis hin zu illiberalen Staaten wie etwa Ungarn. Daher betonen

fortschrittliche Positionen die notwendige Demokratisierung und Wiederaneignung öffentlicher Dienste im Interesse aller, um sich von autoritären und anti-demokratischen Perspektiven abzusetzen. Explizit geht es dabei um eine aktivere politische und ökonomische Rolle der BürgerInnen (Cumbers 2012; Rahman 2017).

Beispielhaft für diese an Fahrt gewinnende Debatte steht die Organisation „We Own It“, die in den letzten Jahren in England erfolgreiche Kampagnen für die Rückeroberung öffentlicher Dienste durchgeführt hat. Sie entwarfen auf Basis internationaler Erfahrungen Modelle öffentlicher Eigentümerschaft für die Bereiche Öffentlicher Verkehr, Energie, Wasser und Post (We Own It 2019). Dabei sollen öffentliche Unternehmen auf unterschiedlichen Maßstabs-Ebenen und koordiniert im Verbund agieren. In der neuen sektoralen Governance-Struktur sind sowohl NutzerInnen und BürgerInnen (in einer neu zu schaffenden Organisation „Participate“) als auch NGOs und Gewerkschaften repräsentiert. Darüberhinaus soll die „Office for Public Ownership“ für die Verbreitung von Best-Practice und Innovationen sorgen, während eine Sunshine-Regulierungsbehörde Daten erhebt und veröffentlicht, und damit Transparenz und Service verbessern soll. Diese neue Governance soll auch auf Ebene der öffentlichen Unternehmen selbst implementiert werden. Die öffentlichen Unternehmen werden entsprechend einer Public Mission (z.B. Dekarbonisierung, universelle Zugänglichkeit, Maximierung der Teilhabemöglichkeiten, Engagement mit der lokalen Gemeinschaft) von ExpertInnen geführt. Letztere sind für das Management des Tagesgeschäft verantwortlich und legen gegenüber einem Aufsichtsgremium Rechenschaft ab. Das Aufsichtsgremiums sollte zur Hälfte aus VertreterInnen der öffentlichen Hand bestehen. Die andere Hälfte sollte aus VertreterInnen der NutzerInnen, der Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft bestehen.

Ein konkretes Beispiel, das diesen skizzierten Idealvorstellungen einer neuen Generation öffentlicher Dienstleister folgt, findet sich in Paris. Dort wurde im Zuge der Rekommunalisierung des Wasserversorgers mit „Eau de Paris“ im letzten Jahrzehnt ein Modell implementiert, das nicht nur ökonomisch effizienter operiert, sondern auch ökologische Nachhaltigkeit und Leistbarkeit sowie Servicequalität sicherstellt. Darüber hinaus wurde der Aufsichtsrat für weitere Stakeholder geöffnet und zur Verbesserung der Transparenz das „Water Observatory“ geschaffen, bei dem alle relevanten Unterlagen zur Pariser Wasserpolitik eingesehen werden können, bevor sie im Pariser Stadtrat diskutiert werden (Plank 2020). Der Fokus auf erhöhte Transparenz und Öffnung der Public Corporate Governance ist angesichts der zahlreichen Korruptionsskandale in der französischen Wasserwirtschaft verständlich (Getzner et al. 2018).

Die städtischen Diskussionen und Initiativen zur Erneuerung und zum Ausbau öffentlicher Dienste sind eingebettet in eine breitere Debatte über ökonomische Entwicklungsstrategien. Neben dem Ansatz der Alltagsökonomie (siehe Editorial) kommen dabei wesentliche Impulse von Orten und Gegenden in den USA und dem Vereinigten Königreich, die aus konventioneller ökonomischer Sicht schlechte Ausgangsbedingungen aufweisen (Beckett 2019). Die Think-and-do-tanks Democracy Collaborative (Ohio) und Centre for Local Economic Strategies (Manchester) beraten Dutzende englische und US-amerikanische Städte unter dem Titel „Community Wealth Building“, das theoretisch in der Tradition endogener Entwicklungsüberlegungen verortet ist (Tödtling 2020). Zentraler Ausgangspunkt für den Aufbau und die Fixierung lokalen Wohlstands in diesen Strategien sind lokale Ankerinstitutionen (siehe auch Kössl in diesem Heft).

Diese können über ihre Beschaffungsstrategien erheblichen Einfluss auf lokale Ökonomien ausüben und auf diese Weise zum Hebel werden, um sozial-ökologische Transformationen (Dekarbonisierung, Gute Arbeit) vor Ort einzuleiten.³ Ausgehend von einer Stärkung des öffentlichen Sektors geht es mittelfristig um eine Pluralisierung und Diversifizierung der Eigentumsformen in der lokalen Wirtschaft. Neben kommunalen Eigentumsformen sollten auch genossenschaftliche und andere gemeinwirtschaftlich agierende Organisationen gefördert werden. Angesichts der Kreditzurückhaltung von Privatbanken kommt es auch zu einer Neubewertung und Renaissance von öffentlichen oder genossenschaftlichen Entwicklungsbanken. Statt auf klassische immobilienwirtschaftliche Aufwertungsstrategien zu setzen, wie dies lange Zeit propagiert wurde, geht es bei all diesen Initiativen darum, die Nutzung von Land und anderen Vermögenswerten vorrangig in den Dienst gesellschaftlicher Ziele zu stellen.

Schluss

Welche Impulse ergeben sich aus diesen internationalen Erfahrungen für die Weiterentwicklung der Wiener Modells in den 2020er Jahren? In der strategischen öffentlichen Beschaffung könnte Wien auf den Erfahrungen im Bereich ökologischer Beschaffung und Gleichstellungspolitik aufbauen und die gebündelte öffentliche Nachfrage auch in weiteren Bereichen zur Erreichung strategischer Ziele einsetzen. Auch die Öffnung der Corporate Public Governance, wie sie in Paris implementiert wurde, beinhaltet Potenzial für innovative Formen von Ko-Creation und Public-Civic Partnerships. Die erstmals systematische Offenlegung des Vermögens der Stadt Wien wäre eine Chance, den gesellschaftlichen Reichtum - und das damit ermöglichte Wohlbefinden (wellbeing) sowie den daraus entstehenden gesellschaftlichen Nutzens für die vielen – noch stärker zu dokumentieren und in der Öffentlichkeit zu kommunizieren. Wien könnte damit Vorreiter eines „unternehmerischen Munizipalismus“ im 21. Jahrhundert sein.

Anmerkungen

- 1 “Privatization (...) was fundamental to improving Britain’s economic performance. But for me it was also far more than that: it was one of the central means of reversing the corrosive and corrupting effects of socialism ... Just as nationalization was at the heart of the collectivist programme by which Labour Governments sought to remodel British society, so privatization is at the centre of any programme of reclaiming territory for freedom” (Thatcher 1993: 676).
- 2 Unter Korporatisierungen wird die Transformation von Organisationseinheiten des Staates in (halb)autonome Unternehmen verstanden. Dieses Herauslösen aus den Verwaltungsstrukturen unterscheidet sich nach institutionellen Formen und insbesondere dannach, wie große der Unabhängigkeit der korporatisierten Einheit – in finanzieller, rechtlicher oder operativer Hinsicht – ist. Sie reicht von starken Korporatisierungen in privater Rechtsform (Eigengesellschaften) zu schwachen Korporatisierungen, die zwar finanziell autonom sind, aber keinen unabhängigen Rechtsstatus haben und auch in der Geschäftsführung eingeschränkt sind.
- 3 Dieser Art der Beschaffung hat in den letzten Jahren auch durch die europäische Ebene eine bedeutenden Aufwertung erfahren, zumal soziale und ökologische Kriterien sowie KMU-Förderung nun explizit als Teil einer neuen strategischen Vergabe gesehen werden (Europäische Kommission 2017).

Literatur

- Alvaredo, Facundo/Chancel, Lukas/Piketty, Thomas/Saez, Emmanuel/Zucman, Gabriel (2017): *Global Inequality Dynamics: New Findings from WID.world*, NBER Working Paper 23119. Cambridge: National Bureau of Economic Research.
- Beckett, Andy (2019): The new left economics: how a network of thinkers is transforming capitalism. In: *The Guardian*. 25.06.2019
- Bel, Germa/Fageda, Xavier/Warner, Mildred E. (2010): Is private production of public services cheaper than public production? A meta-regression analysis of solid waste and water services. In: *Journal of Policy Analysis and Management* 29 (3), 553–577.
- Clifton, Judith (2014): Beyond Hollowing Out: Straitjacketing the State. In: *The Political Quarterly* 85(4), 437–444.
- Clifton, Judith /Diaz-Fuentes, Daniel (2018): The state and public corporations. In: Nölke, Andreas/May, Christian (Hg.): *Handbook of the International Political Economy of the Corporation*. Cheltenham/Northampton: Edward Elgar, 106–119.
- Clifton, Judith/Lanthier, Pierre/Schröter, Harm (2011): Regulating and deregulating the public utilities 1830–2010. In: *Business History* 53(5), 659–672.
- Cumbers, Andrew (2012): *Reclaiming Public Ownership: Making Space for Economic Democracy*. London: Zed Books.
- Cumbers, Andrew (2016): *Diversifying Public Ownership*. The Next System Project Series.
- Europäische Kommission (2017): *Eine funktionierende öffentliche Auftragsvergabe in und für Europa*. Mitteilung COM(2017) 572 final. Straßburg: Europäische Kommission.
- Florio, Massimo (2013a): *Network Industries and Social Welfare: The Experiment that Reshuffled European Utilities*. Oxford: Oxford University Press.
- Florio, Massimo (2013b): Rethinking on public enterprise: editorial introduction and some personal remarks on the research agenda. In: *International Review of Applied Economics* 27(2), 135–149.
- Florio, Massimo (2014): Contemporary public enterprises: innovation, accountability, governance. In: *Journal of Economic Policy Reform* 17(3), 201–208.
- Getzner, Michael/Köhler, Bettina/Krisch, Astrid/Plank, Leonhard (2018): *Vergleich europäischer Systeme der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung (Langfassung)*. In: *Informationen zur Umweltpolitik* 197. Wien: AK Wien.
- Hermann, Christoph (2008): *Durch Privatisierung zum Ausnahmefall: Zersplitterung und Fragmentierung der Arbeitsbeziehungen in öffentlichen Dienstleistungen in Österreich*. FORBA Schriftenreihe 1/2008. Wien: FORBA.
- Kishimoto, Satoko/Petitjean, Olivier (Hg., 2017): *Reclaiming Public Services: How cities and citizens are turning back privatisation*. Amsterdam: TNI.
- Klenk, Florian (2019): Alle Skandale, einfach erklärt. In: *Falter* 50/19, https://www.falter.at/zeitung/20191211/alle-skandale-einfach-erklart/_obert5c103, 11.01.2020.
- Kontrollamt der Stadt Wien (2009): *Prüfung der „Cross Border Leasing“ Geschäfte der Stadt Wien*. KA-K17/08. Wien: Kontrollamt der Stadt Wien.
- Kontrollamt der Stadt Wien (2013): *MA 5 und Wiener Linien GmbH & Co KG, Prüfung der „Cross Border Leasing“-Geschäfte der Stadt Wien*. Wien: Kontrollamt der Stadt Wien.
- Leixnering, Stephan/Meyer, Renate/Polzer, Tobias (2017): *Austria: Joined-up Government on the Municipal Level as a Coordination Problem: Steering of Decentralised Units and Cross-cutting Policy Issues*. In Bjørnå, Hilde/Leixnering, Stephan/Polzer, Tobias (Hg.): *‘Joined-up’ Local Governments?: Restructuring and Reorganising Internal Management*. Wien: Facultas, 49–69.
- Meggison William L. (2006): Review of Florio M. 2004. *The Great Divestiture. The Welfare Impact of British Privatizations 1979–1997*. In: *Journal of Economic Literature* 44 (1), 172–174.
- Mühlenkamp, Holger (2012): *Zur relativen (In-)Effizienz öffentlicher (und privater) Unternehmen: Unternehmensziele, Effizienzmaßstäbe und empirische Befunde*, in: Schaefer, Christina/Theuvsen, Ludwig (Hg.): *Renaissance öffentlichen Wirtschaftens*. Baden-Baden: NOMOS, 21–47.
- Mühlenkamp, Holger (2015): *From State to Market Revisited: A Reassessment of the Empirical Evidence on the Efficiency of Public (and Privately-owned) Enterprises*. In: *Annals of Public and Cooperative Economics* 86(4), 535–557.
- Pollitt, Christopher/Bouckaert, Geert (2011): *Public Management Reform: A Comparative Analysis – New Public Management, Governance, and the Neo-Weberian State*. Oxford: Oxford University Press.

- Plank, Leonhard (2016): PPPs: Ein Fall für theoretische Kontroversen? In: *juridicum* 2/2016, 241–249.
- Plank, Leonhard (2020): Reframing Public Ownership in the Foundational Economy: (Re)discovering a Variety of Forms. In: Barbera, Filippo/Rees Jones, Ian (Hg.): *The Foundational Economy and Citizenship: Comparative Perspectives on Civil Repair*. Bristol: Policy Press.
- Prausmüller, Oliver/Wagner, Alice (2014): *Reclaim Public Services: Bilanz und Alternativen zur neoliberalen Privatisierungspolitik*. Hamburg: VSA Verlag.
- Rahmann, Sabeel K. (2017): *Democracy against Domination*. Oxford: Oxford University Press.
- Stadt Wien (2019): *Beteiligungsbericht 2018*. Wien: Stadt Wien.
- Streeck, Wolfgang (2019): Der alltägliche Kommunismus. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 06/2019, 93–105.
- Staudinger, Klemens (2017): Versteckte Busprivatisierung. In: *Augustin*, 01.08.2017.
- Thatcher, Margaret (1993): *The Downing Street Years*. New York: Harper Colins.
- Tödtling, Franz (2020): Endogenous Regional Development. In: Kobayashi, Audrey (Hg.) *International Encyclopedia of Human Geography*. 2. Ausgabe, Band II. Oxford: Elsevier, 303–308.
- We Own It (2019): *When We Own It: A model for public ownership in the 21st century*. Oxford: We Own It.
- Wollmann, Helmut/Kopric, Ivan/Macrou, Gerard (Hg., 2016): *Public and Social Services in Europe: From Public and Municipal to Private Provision*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.